

Waldumbau, Wild und Jagd im Zeichen des Klimawandels

Strategien und Maßnahmen, um Wildschäden wirksam zu verringern und den Wald als Lebensraum und in seinen Ökosystemleistungen zu sichern

Präambel

Ausgangslage

Durch den Klimawandel sind die Wälder einem erheblichen Anpassungsdruck ausgesetzt. Ziel ist es, dass die Wälder in Rheinland-Pfalz durch eine zeitnahe Wiederbestockung der Kalamitätsflächen, durch die Anreicherung mit klimastabilen Mischbaumarten und durch eine Mischung im Sinne einer Risikostreuung in höherem Maße klimaresilient werden und dadurch auch zukünftig in der Lage sind, die relevanten Ökosystemleistungen nachhaltig zu erbringen. Die ökonomische Leistungsfähigkeit der Waldbesitzenden darf dabei nicht überfordert werden.

Es besteht Übereinstimmung, dass die Ziele der Wiederbewaldung und des Waldumbaus in der ökonomisch wie ökologisch sehr schwierigen Phase des Klimawandels erreicht werden müssen. Die Wälder der Zukunft, die jetzt aufgebaut werden, müssen die Vielfalt ihrer Leistungen für die Gesellschaft und die Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz erbringen können. Dies schließt einen intakten Lebensraum für das Wild und den Nutzen des Waldes für die Jagd mit ein.

Unter der jagdpolitischen und fachlichen Leitung der obersten Jagdbehörde und der Forstabteilung des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten (MUEEF) wird dieses Papier zu einer wichtigen Frage des Waldumbaus im Klimawandel vorgelegt. Es konkretisiert für die Bereiche Wild und Jagd die am 11. Juni 2019 von der Landesregierung und den Waldbesitzerverbänden abgefasste Grundsatzklärung **„Klimaschutz für den Wald – unser Wald für den Klimaschutz“**.

Arbeitsprozess und Ergebnisfindung

Die nachfolgend aufgeführten Ziele, Strategien und Maßnahmen wurden in einem intensiven Prozess der Beteiligung von zahlreichen Fachleuten und Vertretern der nachfolgend genannten Verbände zusammengetragen und in zwei verschiedenen Arbeitskreisen, intensiv diskutiert und miteinander abgestimmt. Dass dabei nicht jede einzelne Formulierung und Maßnahme genau den Positionen der beteiligten Verbände entsprechen kann, ist selbstverständlich.